

Claudia Hölzle

Das Schulsystem und die europäische Herausforderung

Am 28.7.1977 beantragte Spanien die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Mit diesem Schritt setzte eine lange Verhandlungszeit ein, die mit dem definitiven Beitritt zur Gemeinschaft am 1.1.86 ihren endgültigen Abschluß fand. Hinsichtlich der Gesellschaftsstruktur sowie der Lebensführung unterscheiden sich Spanien und die mittlerweile 14 übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) in einer Reihe von Faktoren. Alle Mitgliedsländer sind jedoch mit einer großen Anzahl gleicher Probleme konfrontiert, die sich zudem nicht nur auf den europäischen Kontinent beschränken, sondern weltweit gegeben sind. Hervortretende soziale Probleme unter Jugendlichen wie Rauschgift, Alkoholismus, Kriminalität, Prostitution, Arbeitslosigkeit, die allenthalben ein übergroßes Ausmaß angenommen haben, verlangen akute Abhilfe und müssen auf internationaler Ebene gelöst werden.

Unter der Vielzahl der Strategien zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit haben Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen einen besonderen Stellenwert, da sie bei den betroffenen Jugendlichen selbst ansetzen, um so bessere Voraussetzungen für eine Integration ins Beschäftigungssystem zu schaffen. Diese Maßnahmen, die sowohl im allgemeinbildenden als auch berufsbildenden Schulbereich angesiedelt sind, zeitigen mittlerweile im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft eine Art Konvergenz: Alle Mitgliedsländer haben nunmehr ihre Pflichtschulzeit innerhalb des allgemeinbildenden Schulsystems aufgestockt; im berufsbildenden Schulwesen betrachtet man heute sowohl das rein betriebliche als auch das vollzeitschulische Ausbildungssystem als mangelhaft und als Folge kristallisieren sich in den meisten Ländern schrittweise sogenannte Mischsysteme heraus. Allerdings müssen alle genannten Maßnahmen im Bildungs- und Ausbildungsbereich der Tatsache Rechnung tragen, daß die Arbeitsmarktsituation weiterhin besonders problematisch ist.

Mangelnde Arbeitsplätze und eine extrem hohe Arbeitslosenrate sind Gegebenheiten, die in Spanien insbesondere die Jugendlichen betreffen und verheerende Folgen zeitigen, denn diese jungen Menschen fühlen sich in ihrem Entwicklungsprozeß behindert. Im Vergleich zur Jugendarbeitslosigkeit in anderen Mitgliedstaaten liegt Spanien mit über 40% an erster Stelle in der EU. Obwohl die sog. »regulierte« Berufsausbildung in Spanien in den letzten Jahren zahlenmäßig einen bedeutenden Stellenwert eingenommen hat, war ihre Rangstellung in der Gesell-

schaft immer minderwertig. Akademischen Absolventen werden weiterhin größere Chancen eingeräumt.

Mit der Süderweiterung, die 1981 mit der Aufnahme Griechenlands begann und 1986 mit dem Beitritt Spaniens und Portugals ihren vorläufigen Abschluß fand, ergab sich für die Gemeinschaft ein neue Situation, da erste Erfahrungen mit den in allen drei Ländern rückständigen Bildungs- und Ausbildungssystemen gesammelt werden mußten. Aufgabe war es u.a., in diesen Staaten Anpassungshilfen zu leisten. So hat beispielsweise das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP) alle drei Mitgliedstaaten bei der Entwicklung ihrer Berufsbildungssysteme unterstützt und breite Diskussions- und Kontaktmöglichkeiten geboten. Die interne bildungspolitische Veränderungsdynamik Spaniens wurde so durch externe EU-Vorgaben indirekt mitbestimmt. In den Römischen Verträgen von 1957 spielte eine gemeinsame Bildungspolitik noch keine Rolle; der bildungs- und berufsbildungspolitische Bereich blieb der nationalstaatlichen Ebene vorbehalten. Allein der zu verwirklichende Grundsatz geographischer Freizügigkeit europäischer Bürger läßt jedoch aus heutiger Sicht diese Kompetenzverteilung als rückständig erscheinen.

Die berufliche Bildung ist insbesondere für die Jugendlichen von entscheidender Bedeutung, allerdings fand sie nur unter sozioökonomischen Aspekten Einzug in die Römischen Verträge. Aufgrund der Artikel 118 und 128 des EWG-Vertrages konnte aber eine Legitimierung europäischer Bildungspolitik betrieben werden. Beide Vertragsartikel nehmen unmittelbaren Bezug auf die Berufsausbildung.¹ Als ein Ziel der »Allgemeinen Grundsätze für die Durchführung der Berufsausbildung« wird die Förderung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer proklamiert. Voraussetzung hierzu ist die gegenseitige Anerkennung der Berufsausbildung und deren Abschlüsse innerhalb der EU. Dies kann nur bei einer gewissen Harmonisierung der Ausbildungssysteme realisiert werden. Zwar sind der Gemeinschaft vertragliche Grenzen gesetzt; um aber den wirtschaftlichen und sozialen Krisenerscheinungen auf dem europäischen Kontinent erfolgreich begegnen zu können, ist es notwendig, daß sich die Bildungs- und Ausbildungsangebote der Mitgliedsländer darauf einstellen. Denn im Sinne der Freizügigkeit darf die akademische oder berufliche Anerkennung eines Zertifikates – ob in Spanien oder der Bundesrepublik Deutschland erworben – keinen Hinderungsgrund mehr darstellen.

Von der Reform des Bildungswesens in Spanien wird erwartet, daß sie das Land der Situation in den übrigen Mitgliedstaaten näherbringt. In diesem Zusammenhang waren bereits erzielte Entwicklungsergebnisse in anderen Mitgliedsta-

1 Mit der Ratifizierung des Vertrags über die Europäische Union in Maastricht am 7.2.1992 erhält die Europäische Gemeinschaft im Bildungsbereich neue Handlungsvollmachten. Durch die neu eingeführten Artikel 126 (Bildung) und 127 (berufliche Bildung) wird die künftige Entwicklung der Bildungspolitik der Gemeinschaft beeinflusst werden.

ten von immenser Bedeutung. Eine wesentliche Rolle spielten Erfahrungen mit der beruflichen Bildung, da dieser Bildungsgang insbesondere in den Mittelmeerstaaten, was Ausstattung, Abschlußqualifikation sowie Laufbahnmöglichkeiten betrifft, wesentlich niedriger rangiert als die gymnasiale Bildung. Nur mit gleichen Bildungschancen für alle ist jedoch der einheitliche Binnenmarkt realisierbar; denn er setzt einen großen Bedarf an beruflich qualifizierten Arbeitskräften voraus, dem es auf Gemeinschaftsebene Sorge zu tragen gilt. Der inneren Logik der Entwicklung folgend, ergeben sich somit auch Erfordernisse an die Struktur eines jeden nationalen Bildungssystems. Für einige Mitgliedsländer bedeutet das, ihr rückständiges Ausbildungssystem zu reformieren und gemeinschaftliche Prinzipien, wie im Falle der spanischen Bildungsreform, zu berücksichtigen.

Für Spanien erwies sich die Situation als besonders problematisch, da, gemessen an den bildungspolitischen Vorgaben der EG, sein allgemeinbildendes sowie berufsbildendes Schulsystem erheblich verbessert werden mußte. Die Probleme betrafen u.a. die Aufstockung der allgemeinen Schulpflicht, die Gliederung des Schulsystems, die Regelung der Qualifikationsanforderungen im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht, den Aufbau eines differenzierten, nicht nur auf vereinzelte Sparten bezogenen Berufsbildungssystems nach der schulischen und betrieblichen, theoretischen und praktischen Seite und damit einhergehend die Entwicklung von Berufsordnungsmitteln, insbesondere von juristisch kodifizierten Abschlüssen sowie die Schaffung einer berufs- und wirtschaftspädagogischen Infrastruktur in Angleichung an die regional unterschiedlich verbreiteten gewerblichen Zentren. Als Richtschnur spielten in diesem Bereich insbesondere die Entscheidung über die Entsprechung der beruflichen Befähigungsnachweise zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sowie die Richtlinie über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome eine bedeutende Rolle. Beide zielen zwar zunächst nur auf die Freizügigkeit innerhalb der Gemeinschaft und ihre volle Verwirklichung, wirken sich aber auch im bildungspolitischen Bereich aus. Gegenwärtig finden nationale Reformen der Bildungssysteme nicht nur in Spanien, sondern auch in anderen Mitgliedstaaten, so in Portugal und Griechenland, statt. Für die EU bietet sich hier die Möglichkeit der bildungspolitischen Hilfestellung, ohne dadurch dem Verdacht ausgesetzt zu sein, in das nationalstaatliche Bildungsgeschehen einzugreifen.

Am Beispiel Spaniens läßt sich gut beobachten, daß die gegenwärtigen bildungspolitischen Maßnahmen im wesentlichen auf eine Angleichung an EU-Niveau hinauslaufen. In den nachfolgenden Ausführungen soll deshalb zunächst Spaniens auslaufendes nicht-akademisches Bildungssystem erläutert werden, dessen bildungspolitisches Profil mit dem Erziehungsgesetz von 1970, LGE (*Ley General de Educación y Financiamiento de la Reforma Educativa*; Allgemeines Gesetz zur Bildung und Finanzierung der Bildungsreform), festgeschrieben wurde.

Danach soll das auf der LOGSE von 1990 (*Ley Orgánica de Ordenación General del Sistema Educativo*; Organgesetz zur allgemeinen Regelung des Bildungswesens) basierende »neue« spanische nicht-akademische Bildungssystem dargestellt werden, um letztendlich aufzuzeigen, wie sich die Bildungssysteme in Europa angleichen werden, um jenen »Fortschritt der Beziehungen im Bildungsbereich« zu erreichen, an dem »die Entwicklung Europas gemessen werden«² muß.

1. Die bildungspolitische Entwicklung seit 1969

Bereits gegen Ende der sechziger Jahre verbreitete sich in bildungspolitischen Kreisen und in der Öffentlichkeit die Auffassung, daß die seit Jahrzehnten verfestigten Strukturen des spanischen Schulwesens dem Anstieg der Bildungs- und Ausbildungsnachfrage sowie den sozialen und ökonomischen Gegebenheiten des Landes nicht mehr entsprechen würden. Ein letztes auslösendes Moment der Reformbemühungen bildeten die Studentenunruhen an den spanischen Universitäten. Man dachte zunächst daran, nur den Hochschulsektor zu reformieren. Die Erkenntnis jedoch, daß das gesamte spanische Bildungssystem in die Reform einbezogen werden müsse, wolle man den Hochschulbereich effizient umstrukturieren, veranlaßte das Ministerium für Bildung und Wissenschaft, eine Reform anzustreben, die das gesamte institutionalisierte Bildungssystem erfassen sollte. Diese Bildungsreform wurde mit der Veröffentlichung eines Weißbuches 1969 eingeleitet, in dem eine kritische Bestandsaufnahme des gesamten spanischen Schulwesens erfolgte sowie Richtlinien zur Umgestaltung dargelegt wurden. Die Erarbeitung dieses liberalen Projekts erfolgte zu einer Zeit, in der Spanien noch vom autoritär-konservativen Regime Francos geprägt war, und leitete einen langsam einsetzenden Bewußtseinswandel nicht nur auf bildungspolitischer Ebene ein. Am 4. August 1970 trat das Reformgesetz in Kraft, für dessen Durchführung eine zehnjährige Laufzeit vorgesehen war und das bis Ende der siebziger Jahre ein Bildungssystem schaffen sollte, das sowohl der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes Rechnung trägt als auch die maximale Förderung des Individuums ermöglicht. Die Reform umfaßte das gesamte Bildungssystem, d.h. vom Kindergarten bis zur Universitätsbildung, und sah eine achtjährige Grundschule vor, auf der das weiterführende Bildungswesen aufbauen sollte. Durch später erlassene Gesetze wurde das Bildungsgesetz von 1970 erweitert und geändert.

Mit dem Reformgesetz von 1970, das am Prinzip einer *educación permanente* orientiert ist, startete man den Versuch, ein vereinheitlichtes, aber flexibles Bil-

2 Rüdiger Stephan: »Akademische Mobilität in Europa«, in: Hermann Schmitz-Wenzel (Hg.): *Bildungspolitik in der Europäischen Gemeinschaft* (Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Bd.7). Baden-Baden 1980, S. 39-52, hier S. 40.

dungssystem mit vielen Übergangsmöglichkeiten einzuführen. In den Jahren des Franco-Regimes war die einzige zugelassene Unterrichtssprache das Kastilische. Der Unterricht in den Regionalsprachen, der in den Jahren 1940 bis 1950 nur im verborgenen stattfinden konnte, wurde seit den fünfziger Jahren von offizieller Seite geduldet. Das Gesetz von 1970 fordert die Aufnahme regionaler Besonderheiten und begreift andererseits das spanische Bildungssystem weiterhin als eindeutig zentralistisch. Die Bildungsreform und die nach des Diktators Tod eingeführte demokratische Verfassung führten zu einem vollkommenen Richtungswechsel. Artikel 2 der Verfassung von 1978 garantiert den Autonomen Regionen Spaniens das Recht auf relative Eigenständigkeit, und in Artikel 27 werden die allgemeinen Grundrechte im Hinblick auf Bildungs- und Erziehungsfragen festgelegt. Bemerkenswert ist, daß Teile des Bildungsgesetzes von 1970 somit in die Verfassung integriert wurden und dadurch ein entsprechendes Gewicht erhielten. Um die zahlreichen Grundsätze sowie Rechte, die Artikel 27 festlegt, zu verwirklichen, wurden drei *Leyes Orgánicas* (Organgesetze) verkündet, die *Ley Orgánica* Nr. 5 vom 19. Juni 1980, die *Ley Orgánica* Nr. 11 vom 25. August 1983 und die *Ley Orgánica* Nr. 8 vom 3. Juli 1985.

Die *Ley Orgánica 5/1980 del Estatuto de Centros Escolares* (LOECE), die den Status der Lehranstalten – d.h. die Arbeit von Schulen und anderen Lehrinrichtungen – regelte, hatte die Ausführung des Artikels 27 Abs. 3-9 zum Ziel. Die spätere *Ley Orgánica 8/1985 del Derecho a la Educación* (LODE), Organgesetz über das Recht auf Bildung, das u.a. die Kompetenzen und Aufgaben des öffentlichen und privaten Schulwesens regelt, setzte die *Ley Orgánica 5/1980* außer Kraft. Die LODE ist gleichzeitig ein Gesetz zur Bildungsplanung, ein Gesetz zur Regulierung bestimmter Grundrechte – wie der Teilnahme von Eltern, Lehrkräften und Schülern am bildungspolitischen Aufgabenbereich – und letztendlich ein Gesetz zur Finanzierung des Privatschulwesens. Letztgenannter Aspekt ist von besonderer Bedeutung, da auch gegenwärtig noch ca. ein Drittel der Schüler des nicht-universitären Bildungswesens in Privatschulen unterrichtet wird. Allerdings ist die Finanzierung der Privatschulen mit öffentlichen Mitteln mittlerweile an konkrete Auflagen gebunden, was dazu geführt hat, daß neben öffentlichen Schulen subventionierte private Schulen sowie nicht subventionierte private Schulen existieren. In Spanien gilt seit der *Ley Orgánica* von 1980 der Grundsatz, daß die allgemeine Schulpflicht kostenfrei für die Familie sein und jegliche Diskriminierung aufgrund der Schulwahl unterbleiben muß. Private Schulen, die in ihrer Mehrzahl in der Trägerschaft von religiös-katholischen Gruppierungen liegen, nahmen lange Zeit in Spanien eine absolute Vormachtstellung ein. Sie wurden durch die zentralistische Bildungs- und Kulturpolitik Francos gefördert und geschützt und größtenteils von seiten der Oberschicht bevorzugt, die in der Lage war, das beträchtliche Schulgeld zu zahlen. Die *Ley Orgánica 5/1980* sowie die

LODE – beide beziehen sich auf den nichtuniversitären Bereich – sind Ausdruck eines neuen politischen Willens. Mit der am 25. August 1983 verabschiedeten *Ley de Reforma Universitaria* (LRU), dem Gesetz über die Hochschulreform, wurde die gegenwärtige gesetzliche Grundlage des Hochschulstudiums geschaffen, und zwar auf der Basis von Artikel 27 Absatz 10 der Verfassung.

Artikel 2 der spanischen Verfassung von 1978 lautet: »Die Verfassung basiert auf der unauflöslichen Einheit der spanischen Nation, gemeinsames und unteilbares Vaterland aller Spanier, und sie anerkennt und gewährleistet den Nationalitäten und Regionen, die sie bilden, das Recht auf Autonomie und die gegenseitige Solidarität.«³ Weiter werden in Artikel 148 Abs. 1 der Verfassung die Kompetenzen der Autonomen Gemeinschaften festgelegt, die sich auf 22 Zuständigkeitsbereiche erstrecken. Hierzu zählen etwa Städtebau, Umweltschutz, Gesundheitswesen oder aber auch, wie unter Absatz 1, Abschnitt 17 des Artikels 148 bestätigt wird, Kultur, Forschung und gegebenenfalls die Aufgabe, den Unterricht der Regionalsprache zu fördern. Zu den verfassungsmäßig festgelegten Kompetenzen der Zentralregierung, die 32 Zuständigkeitsbereiche beinhalten, zählen laut Artikel 149 Abs. 1: Verteidigung, Justizverwaltung, auswärtige Beziehungen, Außenhandel etc. Im Hinblick auf die Zuständigkeiten im Bildungsbereich läßt sich festhalten, daß das Bildungssystem weder unter die 32 ausschließlichen Zuständigkeitsbereiche des Zentralstaates noch unter die 22 in Artikel 148 der Verfassung genannten »autonomen« Zuständigkeitsbereiche fällt. Gegenwärtig besitzen von siebzehn Autonomen Gemeinschaften in Spanien lediglich sieben, nämlich Andalusien, das Baskenland, Galicien, die Autonome Gemeinschaft Valencia, die Kanarischen Inseln, Katalonien und Navarra, die Erziehungshoheit. Einer Politik der Dezentralisierung im Bildungsbereich, langsam eingeleitet durch die Demokratische Zentrumsparterie (UCD),⁴ stand die Sozialistische Arbeiterparterie (PSOE) nicht ablehnend gegenüber. Während ihrer über 15jährigen Regierungszeit (1982 bis 1996) setzte sie eine Dezentralisierung der Bildungspolitik vielmehr fort. Nach den spanischen Parlamentswahlen vom März 1996 kam die konservative Volkspartei (*Partido Popular*) an die Regierung. Laut der derzeit amtierenden Ministerin für Bildung und Kultur, Esperanza Aguirre, ist geplant, den restlichen zehn Autonomen Gemeinschaften, die gegenwärtig noch vom Ministerium für Bildung und Kultur⁵ (*Ministerio de Educación y Cultura*; MEC) verwaltet werden, zum 1. Januar 1998 vollständige Kompetenz im Bildungsbereich zu übertragen.

3 Eigene Übersetzung; vgl. *Constitución Española 1978*, Art. 2.

4 Regierungspartei von 1977 bis 1982.

5 Entstanden durch die Fusion des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft und des Ministeriums für Kultur.

2. Das Schulsystem nach dem Bildungsgesetz von 1970 (LGE)

Zunächst soll das Schulsystem knapp präsentiert werden, wie es sich gemäß dem Bildungsgesetz von 1970 und den später erfolgten Modifikationen in der Phase der *transición* gestaltet hat.

Vorschulerziehung

Hierunter werden die Erziehungseinrichtungen verstanden, in denen Kinder vor dem sechsten Lebensjahr Aufnahme finden. Die Vorschuleinrichtungen gliedern sich in *Escuela maternal* für zwei- bis vierjährige und *Escuela de Párvulos* für vier- bis sechsjährige und sind nicht obligatorisch. Diese Erziehungsstätten haben zum Ziel, bei den Kindern im Alter von vier und fünf Jahren Spontaneität, Kreativität sowie Verantwortungsgefühl zu entwickeln.

Wie in allen Schulformen wird auch im Vorschulbereich der Gebrauch der Regionalsprachen Spaniens gefördert. Demzufolge werden neben dem Kastilischen, das laut Artikel 3 der Verfassung von 1978 die offizielle Sprache Spaniens ist, in den jeweiligen Provinzen Katalanisch, Baskisch oder etwa Galicisch als Pflichtsprache unterrichtet. Dadurch wachsen viele Schüler zweisprachig auf.

Allgemeine Grundbildung (*Educación General Básica*; EGB)

Diese einheitliche Schulform erfaßt in der Regel Kinder und Jugendliche im Alter von sechs bis vierzehn Jahren und ist laut Gesetz obligatorisch. Die Pflichtschule wurde 1981/82 von zwei Stufen in drei Abschnitte (*ciclos*) umstrukturiert.⁶ Der erste Abschnitt (*Ciclo Inicial*) umfaßt die Klassen 1-2, der zweite (*Ciclo Medio*) die Klassen 3-5 und der dritte (*Ciclo Superior*) die Klassen 6-8. Am Ende des ersten und zweiten Abschnitts (*ciclos*) findet eine Leistungsbewertung statt, im dritten Abschnitt hingegen am Ende eines jeden Schuljahres. Diejenigen Schüler, die alle drei Abschnitte der Allgemeinen Grundbildung erfolgreich absolviert haben, erhalten den *Título de Graduado Escolar* (qualifizierter Abschluß). Dieser Abschluß gestattet ihnen, entweder eine allgemeinbildende Schule zu besuchen (BUP) oder aber den Weg der beruflichen Bildung (FP I) einzuschlagen. Die Schüler, die den qualifizierten Abschluß nicht erreichen, verlassen die EGB mit dem *Certificado de Escolaridad* (Abgangszeugnis), das nur zum Besuch der beruflichen Bildung (FP I) berechtigt. Diesen Schülern steht jedoch die Möglichkeit offen, den qualifizierten Abschluß nachzuholen. Alle Schüler im Alter von sechs

6 Im Gegensatz zum ersten und zweiten Abschnitt wurde die Einführung des dritten Abschnittes zurückgestellt und somit blieben für diesen Abschnitt die Ausführungsbestimmungen der LGE von 1970 weiterhin gültig.

bis vierzehn Jahren müssen die acht Jahre dauernde Allgemeine Grundbildung durchlaufen.

Bei der Allgemeinen Grundbildung handelt es sich um eine »nichtauslesende« Gesamtschule, in der die Beurteilung des Schülers kontinuierlich erfolgt und die Versetzung vom Erreichen der Lernziele abhängt. Trotzdem verlassen zahlreiche Schüler die EGB ohne qualifizierten Abschluß. Die Gründe für die hohe Quote von Schülern, die die Allgemeine Grundbildung nur mit dem Abgangszeugnis verlassen, sind vielfältiger Art und lassen sich nicht mit Exaktheit bestimmen. Was jedoch mit Bestimmtheit festgehalten werden kann, ist die Tatsache, daß die meisten Schwierigkeiten von der 6. bis zur 8. Klasse – also dem letzten Abschnitt der Allgemeinen Grundbildung – zu Tage treten. Obwohl sich eine leichte Verbesserung des Leistungsstandes innerhalb der letzten Schuljahre bemerkbar machte, sind die Resultate der Schüler trotzdem nicht zufriedenstellend. Zu diesen mangelhaften Schulleistungen tragen neben dem sozio-kulturellen Umfeld des Schülers u.a. auch die ungenügende Ausbildung der Lehrkräfte, die schulorganisatorischen Probleme und die schlechte schulische Infrastruktur bei.

Denjenigen Schülern, die die Allgemeine Grundbildung nur mit einem Abgangszeugnis verlassen, ist der direkte Weg zur gymnasialen Oberstufe versagt; ihnen bleibt als einzige Möglichkeit die berufliche Bildung ersten Grades. Diese Entwicklungskonstellation hat in spanischen Bevölkerungskreisen zum Vorurteil geführt, daß die berufliche Bildung (FP) den »dummen« Schülern und das *Bachillerato* (gymnasiale Oberstufe) den »intelligenten« Schülern zukommt. Obwohl es in Spanien die allgemeine Schulpflicht von sechs bis 16 Jahren sowie das Verbot der Arbeitsaufnahme vor dem 16. Lebensjahr gibt, gehen zahlreiche Jugendliche im Alter zwischen 14 und 16 Jahren nicht zur Schule. Diese Altersgruppe zieht es vor, unter illegalen Bedingungen in der Schattenwirtschaft beschäftigt zu sein oder aber sich auf der Straße herumzutreiben, anstatt weiterhin zur Schule zu gehen. Es überrascht nicht, daß diese Probleme u.a. Schwerpunkte der bildungspolitischen Diskussion in Spanien sind.

Einheitliche, polyvalente höhere Schulbildung (*Bachillerato Unificado y Polivalente*; BUP)

Jugendliche, die die Allgemeine Grundbildung erfolgreich durchlaufen haben, d.h. im Besitz des *Título de Graduado Escolar* sind oder die berufliche Bildung ersten Grades erfolgreich abgeschlossen haben, finden in der weiterführenden allgemeinen Sekundarstufe II Aufnahme. Diese dreijährige Oberstufe – für das 14. bis einschließlich 16. Lebensjahr – ist mit den deutschen Gymnasialklassen 9 bis 11 zu vergleichen. Mit den Beifügungen »*unificado*« (einheitlich) und »*polyvalent*« soll zum Ausdruck gebracht werden, daß diese Schulform – im Gegensatz

zu früher – zu einem einzigen Abschluß führt, der polyvalent ist, da er Pflichtfächer, Wahlfächer und »technisch-berufliche Bildung und Aktivitäten« anbietet. Das *Bachillerato* hat zum Ziel, das Allgemeinwissen der übergangsberechtigten Schüler zu vervollständigen, um sie auf das Universitätsstudium oder die berufliche Bildung zweiten Grades und die Arbeitswelt vorzubereiten. Das *Bachillerato* ist in drei Kurse eingeteilt. Die Versetzung des Schülers erfolgt von Klasse zu Klasse. Die erste Klasse umfaßt nur Pflichtfächer im Gegensatz zur dritten, in der Wahlfächer angeboten werden. Technisch-beruflich ausgerichtete Unterrichtsveranstaltungen werden in der zweiten und dritten Klasse angeboten, jedoch ohne damit eine wirkliche Alternative zum Studium zu bieten. Der geringe Anteil der Schüler, der sich im Anschluß an die dreijährige Oberstufe nicht für eine universitäre Ausbildung, sondern für die berufliche Bildung zweiten Grades entschließt, macht dies nur allzu deutlich. Diese Tatsache hat dazu geführt, daß praktisch die gesamte Schülerschaft des *Bachillerato*, die alle drei Klassen bestanden hat und im Besitz des *Título de Bachiller* ist, ein Universitätsstudium anstrebt. Am Ende dieses Bildungsganges findet keine Abschlußprüfung statt. Studierwillige Schüler müssen allerdings vor Beginn eines Studiums erst noch einen einjährigen Vorbereitungskurs auf das Universitätsstudium (*Curso de Orientación Universitaria*; COU) erfolgreich absolvieren.

Vorbereitungskurs für die Universität (*Curso de Orientación Universitaria*; COU)

Der COU stellt eine einjährige Vorbereitungszeit auf das Universitätsstudium dar. Eingangsvoraussetzung dafür ist der qualifizierte Abschluß des *Bachillerato* oder der beruflichen Bildung zweiten Grades (FP II). Der COU zielt darauf ab, die allgemeinbildenden Kenntnisse zu vertiefen, dem Schüler Orientierungshilfen bei der Studien- oder Berufswahl anzubieten sowie ihn auf die universitätstypischen Techniken geistigen Arbeitens hinzuführen. Allen Schülern des COU werden neben den gemeinsamen Pflichtfächern vier zur Wahl stehende Unterrichtszweige angeboten: der wissenschaftlich-technologische, der biomedizinische, der sozialwissenschaftliche und der humanistisch-linguistische. Nach erfolgreichem Abschluß erhält der Schüler die Berechtigung zum Studium. Der endgültige Zugang zur Universität hängt allerdings noch einmal vom Bestehen einer Auswahlprüfung (*selectividad*) an der Hochschule ab.

Berufliche Bildung (*Formación Profesional*; FP)

Die *Formación Profesional Reglada* (regulierte berufliche Bildung) besteht aus drei Stufen, wird vom Ministerium für Bildung und Kultur (MEC) geregelt und von Lehranstalten durchgeführt, die entweder dem MEC selbst oder anderen

staatlichen bzw. entsprechend bevollmächtigten privaten Einrichtungen unterstellt sind. Sie unterscheidet sich von der *Formación Profesional Ocupacional*, der beruflichen Weiterbildung, für die weitgehend das *Instituto Nacional de Empleo* (INEM, Nationales Arbeitsamt) – eine dem Ministerium für Arbeit und soziale Sicherheit zugeordnete Behörde – zuständig ist und auf die hier nicht weiter eingegangen wird. Die staatlich geregelte berufliche Bildung ist in das allgemeine Schulsystem eingebettet, stellt einen Parallelzweig zum BUP dar und hat zum Ziel, den Schüler zur Ausübung eines Berufs zu befähigen. Das Allgemeine Gesetz zur Bildung und Finanzierung der Bildungsreform von 1970 sieht drei Stufen der beruflichen Bildung vor, d.h. die berufliche Bildung ersten Grades (FP I), die berufliche Bildung zweiten Grades (FP II) und die berufliche Bildung dritten Grades (FP III). Die berufliche Bildung dritten Grades wurde jedoch nicht in die Praxis umgesetzt.

Die berufliche Bildung ersten Grades (*Formación Profesional de Primer Grado*; FP I) ist obligatorisch und kostenlos für alle Jugendlichen, die nach Beendigung der Allgemeinen Grundbildung (EGB) nicht das *Bachillerato* besuchen. Zugangsvoraussetzung für diesen Schulzweig ist der *Título de Graduado Escolar* oder der *Certificado de Escolaridad*. Der Schulbesuch dauert zwei Jahre und soll dem Schüler – aufbauend auf seinen in der EGB erworbenen Kenntnissen – Basiswissen in einem Berufszweig vermitteln; allerdings nicht spezialisiert. In 21 Berufsfeldern mit insgesamt 70 Berufen kann eine berufliche Ausbildung ersten Grades absolviert werden. Der Unterricht in den Lehranstalten erstreckt sich zu ca. 30% auf Allgemeinbildung, zu ca. 20% auf berufsfeldbezogene angewandte Naturwissenschaften und zu ca. 50% auf berufsspezifische Fachkenntnisse und praktische Fertigkeiten. Während des zweiten Jahres der beruflichen Bildung ersten Grades kann die schulische Ausbildung mit praktischer Berufserfahrung (z.B. Praktika) kombiniert werden. Allerdings handelt es sich hier um kein duales Ausbildungssystem, da die berufliche Bildung in Spanien vorwiegend in Zentren durchgeführt wird, die vollzeitschulisch ausbilden, und da auch die praktischen Fertigkeiten schulintern vermittelt werden. Nach erfolgreichem zweijährigen Schulbesuch erhält der Absolvent den Titel *Técnico Auxiliar* (technische Hilfskraft) des betreffenden Ausbildungsberufs, der ihn zum Übergang ins Berufsleben oder aber zur nächsthöheren Berufsausbildung (FP II) bzw. zur 2. Klasse der gymnasialen Oberstufe (BUP) berechtigt.

Da die 14jährigen Schulabgänger, d.h. diejenigen, die lediglich das Abgangszeugnis der Allgemeinen Grundbildung (EGB) besitzen, verpflichtet sind, nach Beendigung des achtjährigen EGB eine zweijährige berufliche Bildung ersten Grades zu absolvieren, setzt diese Ausbildungsstufe auf sehr niedrigem Niveau an. Trotzdem weist dieser Bildungsgang eine äußerst geringe Erfolgsquote auf. Die Ursachen hierfür sind nicht nur in der Struktur der Schülerschaft zu sehen,

sondern liegen auch in der geringen Motivation der Schüler – bedingt durch die Lerninhalte – sowie in der mangelnden Zusammenarbeit zwischen Bildungssektor und Beschäftigungsbereich begründet. Dies führt letztlich dazu, daß die spanischen Jugendlichen häufig für Berufe ausgebildet werden, für die auf dem Arbeitsmarkt kaum mehr Nachfrage besteht.

Die berufliche Bildung zweiten Grades (*Formación Profesional de Segundo Grado*; FP II), die auf dem Wissensstand des *Bachillerato* aufbaut, möchte dem Schüler eine angemessene berufliche Fachausbildung zukommen lassen und ist in zwei unterschiedliche Ausbildungsgänge aufgeteilt. Die *Formación Profesional de Régimen General*, bei der es sich um eine zweijährige allgemeinere Ausrichtung der beruflichen Bildung handelt, steht im Gegensatz zur *Formación Profesional de Régimen de Enseñanzas Especializadas*, einer Spezialausbildung, die drei Jahre umfaßt. Der Lehrstoff erstreckt sich auf betriebswirtschaftliche, technisch-praktische und allgemeinbildende Fächer. Eine berufliche Bildung zweiten Grades kann in 21 Berufsfeldern mit insgesamt 168 Berufen erfolgen. Am Ende der beruflichen Bildung zweiten Grades steht der berufsqualifizierende Abschluß *Técnico Especialista* (gleichzusetzen mit dem deutschen Facharbeiter oder Gesellen), der zum Besuch der Fachhochschule des jeweiligen Berufszweiges berechtigt oder aber zum COU als Vorbereitung auf ein Studium an jeder Hochschuleinrichtung. Im Gegensatz zur niedrigen Erfolgsrate der FP I ist diese in der FP II wesentlich höher.

3. Reformvorhaben in den 70er und 80er Jahren

Wie bereits dargelegt, löste die tatsächliche Gestaltung des Schulsystems in den siebziger Jahren die gesetzgeberischen Reformvorstellungen keinesfalls ein. Seit 1976 begann man, die Reform der mittleren Bildung (*Reforma de la Enseñanza Media*), also BUP und COU sowie FP I und FP II (gymnasiale und berufliche Bildung) zu diskutieren und erachtete sie nicht nur aus externen Gründen, dem anstehenden EG-Beitritt und der schnellen technologischen Entwicklung für notwendig. Dafür sprechen auch interne Gründe, die mangelnde Übereinstimmung zwischen der spanischen Gesetzgebung bezüglich der Arbeitsaufnahme ab dem 16. Lebensjahr und der allgemeinen Grundbildung bis zum 14. Lebensjahr, die geringe gesellschaftliche Wertschätzung der *Formación Profesional* (berufliche Bildung), das Nichtvorhandensein von Berufslaufbahnen mittleren Grades, bedingt durch das Fehlen der beruflichen Bildung dritten Grades, der starke Anstieg der Akademikerarbeitslosigkeit und die mangelnde Anpassung des Bildungssystems an die sozioökonomischen Gegebenheiten.

Ausgangspunkt für die geplante Reform der mittleren Bildung war die Heraufsetzung der Schulpflichtzeit bis zum 16. Lebensjahr. Das Reformprojekt wurde

1983 eingeleitet. Ziel war, zu einem Bildungsweg zu gelangen, der flexibler und besser an die sozioökonomischen Gegebenheiten angepaßt ist. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten sowohl Allgemeinbildung, Bildungsvielfalt als auch Spezialisierung in der Reform der mittleren Bildung besser miteinander verbunden werden. Um die Reform der mittleren Bildung sinnvoll durchzuführen, entschied man sich für ein Verfahren der allmählichen und kontrollierbaren Erprobung und Einführung. Das heißt, durch Ministerialverordnung vom 30. September 1983 wurde der Erprobung neuer Unterrichtspläne sowie -programme an verschiedenen regulären Sekundarschuleinrichtungen zugestimmt. Aufbauend auf den positiven Erfahrungen u.a. mit dem Reformprojekt der mittleren Bildung sowie angesichts der bestehenden Mängel des spanischen Bildungssystems insgesamt wurde deutlich, daß eine umfassende strukturelle und curriculare Reform des nicht-universitären Bildungswesens in Spanien unumgänglich sein würde.

Im Juni 1987 legte der damalige Minister für Bildung und Wissenschaft, José María Maravall, einen Entwurf zur Reform des nicht-akademischen Bildungswesens vor, der auf den Erfahrungen und Resultaten der seit einiger Zeit erprobten Reformprogramme aufbaut. Die zwei wesentlichen Ziele, die dem Reformprojekt zugrunde liegen, sind einerseits in der Verlängerung des kostenfreien Schulpflichtbesuchs bis zum 16. Lebensjahr zu sehen, andererseits in dem Bestreben, die Qualität der Ausbildung zu erhöhen. Maravalls Reformprojekt versucht, das spanische Bildungswesen an die in den meisten EG-Ländern bestehende Organisationsstruktur anzupassen, und ist als Antwort auf den Ausbildungsbedarf gedacht, der ab dem Jahre 2000 zu erwarten ist. Im Hinblick auf die Berufsbildung ließ der Entwurf allerdings viele Fragen offen.

Im Februar 1988 stellte Maravall deshalb einen neuen Entwurf zur Reform des technisch-berufsorientierten Unterrichts vor, der den Bemühungen der EU um die gegenseitige Anerkennung der beruflichen Befähigungsnachweise der Arbeitnehmer in der Gemeinschaft Rechnung trägt. Als konsequente Erweiterung des neuen Organgesetzes über das Recht auf Bildung (LODE) und angesichts der gewachsenen gesellschaftlichen Ansprüche an das Bildungswesen erschien die Reform des nicht-akademischen Bildungssystems in Spanien dringend erforderlich. Der Entwurf zur Reform wurde während des Schuljahres 1987/88 in den von Bildungsfragen betroffenen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kreisen diskutiert, im Anschluß daran im April 1989 in endgültiger Fassung im »Weißbuch zur Reform des spanischen Schulsystems« vorgelegt und dann als Grundlage für das neue Bildungsgesetz (LOGSE) von 1990 verwendet. Die LOGSE zieht einen Schlußstrich unter jahrelange Debatten um die Neugestaltung des spanischen nicht-universitären Bildungssystems, die bereits im Oktober 1983 einsetzten. Für die Durchführung der Reform wurde ein Zeitraum von zehn Jahren festgelegt. Die

Bildungsreform wurde im Schuljahr 1991/92 im Vorschulbereich bzw. 1992/93 im Primarbereich allgemein eingeführt und wird seither stufenweise umgesetzt.

4. Das Reformgesetz von 1990 (LOGSE)

Mit dem Inkrafttreten des Organgesetzes zur allgemeinen Regelung des Bildungswesens (LOGSE) vom 3. Oktober 1990 ist die spanische Bildungsreform keinesfalls abgeschlossen. Vielmehr markiert es den Beginn eines neuen und immensen Veränderungsprozesses. Das im folgenden Abschnitt dargelegte »neue spanische Bildungssystem« steht somit erst am Anfang seiner künftigen Funktionsfähigkeit. Immerhin sind für die Durchführung der Reform zehn Jahre vorgesehen. Ihre Beurteilung als Ganzes kann folglich erst erfolgen, wenn sie in allen Schulstufen abgeschlossen ist. Die Hauptziele der Reform sind die Verlängerung der Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr, die Neuordnung der verschiedenen Stufen im Bildungssystem, die Reform der beruflichen Bildung sowie die Verbesserung der Bildungsqualität des Schulwesens insgesamt.⁷

Das spanische Schulsystem ist demnach folgendermaßen aufgebaut:

0. VORSCHULERZIEHUNG:

bis zum Alter von 6 Jahren

1. OBLIGATORISCHE PRIMAR- und SEKUNDARSTUFE I:

6. bis 16. Lebensjahr

- Primarbereich: 6.-12. Lebensjahr
- Sekundarbereich: 12.-16. Lebensjahr

2. SEKUNDARSTUFE II:

16. bis 18. Lebensjahr

- Abitur (*Bachillerato*)
- Spezifische Berufsausbildung mittleren Grades
(*Formación Profesional Específica de Grado Medio*)

3. HOCHSCHULAUSBILDUNG

Daneben werden in dem neuen Bildungsgesetz (LOGSE) auch Schulstufen der sogenannten speziellen Ausrichtung (*Enseñanzas de Régimen Especial*) festgelegt. Hier handelt es sich um vorwiegend künstlerische Fachrichtungen, wie z.B.

7 Titel IV der LOGSE bezieht sich auf die Bildungsqualität. In diesem Zusammenhang ist das Ende 1995 verabschiedete »Organgesetz zur Mitwirkung, Bewertung und Leitung an Lehrereinstellungen« (*Ley Orgánica de la Participación, la Evaluación y el Gobierno de los centros docentes*, LOPEG) zu sehen, das den gesetzgebenden Rahmen von LODE und LOGSE vervollständigt.

Tanz, Musik, dramatische Kunst. Im nachfolgenden wird auf diese »spezielle Ausrichtung« nicht eingegangen, sondern nur auf die »allgemeine Ausrichtung« (*Enseñanzas de Régimen General*).

Die vorschulische Erziehung wurde lange Zeit vom Gesetzgeber kaum beachtet; die neue gesetzliche Regelung des nicht-universitären Bildungswesens schließt dagegen den Vorschulbereich ein. Der Besuch einer Vorschuleinrichtung ist auch weiterhin freiwillig. Das neue Bildungsgesetz gliedert den Bereich der Vorschule in zwei Abschnitte: Der erste Abschnitt erfaßt Kinder bis zum Alter von drei Jahren und der zweite Kinder zwischen drei und sechs Jahren. Speziell ausgebildete Lehrkräfte sollen in diesem Bereich eingesetzt werden. Im Schuljahr 1995/96 waren 1.108.087 Kinder in der Vorschule.

Obligatorische Primar- und Sekundarstufe I

Die allgemeine Schulpflicht (6.-16. Lebensjahr) ist in den Primarbereich für Kinder von 6 bis 12 Jahren und den Sekundarbereich I für Schüler von 12 bis 16 Jahren gegliedert. Der Primarbereich, der in drei Abschnitte zu je zwei Jahren unterteilt ist, hat zum Ziel, allen Schülern eine Allgemeinbildung zu vermitteln. Sie soll dazu beitragen, kulturelle Grundelemente zu lehren, die Fähigkeiten zur Kommunikation und zum logischen Denken zu entwickeln sowie die Handlungsautonomie in der sozialen und natürlichen Umwelt zu fördern (Art. 12 LOGSE). Während eines Abschnittes wird die Klasse von einem Lehrer in sämtlichen Fächern – mit Ausnahme von Musik, Sport und Fremdsprachen – unterrichtet. Das Aufrücken von einem Abschnitt in den nächsthöheren ist vom Erreichen der vorgegebenen Lernziele abhängig. Hat ein Schüler die Ziele am Ende eines Abschnittes nicht erreicht, muß er ein weiteres Jahr in besagtem Abschnitt bleiben. Allerdings soll das die Ausnahme sein und auch nur einmal während der gesamten Primarstufe geschehen. Im Schuljahr 1995/96 befanden sich ca. 3,9 Millionen Schüler im Primarbereich.⁸ Folgende herausragende Modifikationen gehen u.a. im Primarbereich mit dem neuen Bildungsgesetz einher:

- Fremdsprachenunterricht bereits im Alter von 8 Jahren, also ab der 3. Klasse und somit drei Schuljahre früher als bisher;
- Einstellung von Fachlehrern für Sport, Musik und Fremdsprachen, Fächer, in denen bislang Mangel an Fachkräften herrschte;

⁸ Zusammen mit den noch bestehenden Jahrgängen der EGB von 1 Million Schülern.

- Reduzierung der Klassenstärke auf maximal 25 Schüler.
Im Vergleich hierzu liegt die durchschnittliche Klassenfrequenz im EGB (Allgemeine Grundbildung) bei rund 30 Schülern.

Im Primarbereich arbeiten die Lehrkräfte mit einer psychopädagogischen Beratungsgruppe zusammen, um gezielter auf die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Schüler eingehen zu können.⁹ Im Schuljahr 1992/93 wurde hier mit der Durchführung der Reform begonnen. Seit dem Schuljahr 1995/96 ist der gesamte Primarbereich umgestellt.

Der obligatorische Sekundarbereich I (12.-16. Lebensjahr) besteht aus zwei Abschnitten: Der erste umfaßt Schüler im Alter von 12 bis 14 Jahren und der zweite Schüler im Alter von 14 bis 16 Jahren. Im ersten Abschnitt wird allen Schülern eine Grundbildung vermittelt. Das heißt, hier nehmen die schulzweigübergreifenden gemeinsamen Fächer einen großen Stellenwert ein. Erst im zweiten Abschnitt des obligatorischen Sekundarbereichs I (14.-16. Lebensjahr) werden zunehmend Wahlfächer angeboten. Damit soll einerseits der ganzheitliche Bildungscharakter dieser Stufe weiterhin bestehen bleiben, andererseits aber eine bestimmte Diversifikation erreicht werden. Gemäß Art. 20.2 der LOGSE sind die Pflichtfächer in folgende Wissensbereiche (*áreas*) gegliedert: Naturwissenschaften; Sozialwissenschaften; Geographie und Geschichte; Sport; Kunsterziehung; kastilische Sprache und Literatur; Sprache und Literatur der jeweiligen Autonomen Gemeinschaft; Fremdsprachen; Mathematik; Musik; Technologie. Vom Erreichen der vorgegebenen Lernziele im ersten Abschnitt ist das Aufrücken in das nächstfolgende Schuljahr des zweiten Abschnittes abhängig. Schüler, die die Ziele am Ende des ersten Abschnittes bzw. am Ende eines Schuljahres des zweiten Abschnittes nicht erreicht haben, müssen ein Schuljahr wiederholen, was allerdings höchstens zweimal während der obligatorischen Sekundarstufe I erfolgen darf. In diesem Fall erhält der Schüler zusätzliche pädagogische Unterstützungsmaßnahmen, um die festgelegten Zielsetzungen zu erreichen.

Am Ende der Sekundarstufe I erhalten die Schüler, die alle vorgegebenen Lernziele dieser Schulstufe erreicht haben, den *Título de Graduado en Educación Secundaria* (qualifizierter Abschluß), der sowohl zum Übergang in das *Bachillerato* (gymnasiale Oberstufe = Abitur) als auch in die *Formación Profesional Específica de Grado Medio* (spezifische Berufsausbildung mittleren Grades = Fachausbildung) berechtigt. Die Klassenstärke soll sich im obligatorischen Sekundarbereich I auf maximal 30 Schüler belaufen. Alle Schüler haben das Recht auf eine schulische, berufliche sowie psychopädagogische Beratung, die ihnen ihre

9 Seit dem Schuljahr 1985/86 werden Sonderschüler in das allgemeinbildende Schulsystem integriert. Voraussetzung ist, daß ihre Beeinträchtigungen und/oder Behinderungen nicht zu gravierend sind.

zukünftige Berufsentscheidung erleichtern soll. Im obligatorischen Sekundarbereich ist hierfür die Beratungsabteilung (*departamento de orientación*) der Schule u. a. zuständig.¹⁰ Mit der Durchführung der Bildungsreform wird offiziell im Schuljahr 1996/97 begonnen. Seit dem Schuljahr 1992/93 wird der obligatorische Sekundarbereich in einigen Schulen vorzeitig eingeführt. Im Schuljahr 1994/95 waren es 1.213 Schulen, von denen 600 Schulen im Einzugsbereich des MEC und 613 Schulen in den sieben Autonomen Gemeinschaften mit Erziehungshoheit angesiedelt sind. Die Schülerzahl belief sich in diesem Zeitraum auf 282.837.

Die bisherige Existenz von zwei unterschiedlichen Abschlüssen am Ende der »Allgemeinen Grundbildung« (EGB) wurde zu Recht als Hauptquelle vorzeitiger Diskriminierung angesehen. Mit der Vergabe nur eines einzigen Zertifikates (*Título de Graduado en Educación Secundaria*) nach erfolgreichem Bestehen der Sekundarstufe I versucht man, dieses Übel abzustellen. Für Schüler, die infolge schulischen Mißerfolges den qualifizierten Abschluß jedoch nicht erlangen, sind spezifische Programme im Rahmen des Konzepts einer »sozialen Garantie« vorgesehen. Ziel dieser Programme ist, Schülern unter 21 Jahren eine Grundbildung zu vermitteln, die ihnen gestattet, entweder ins Berufsleben einzutreten oder aber ihre schulische Ausbildung – insbesondere eine spezifische Berufsausbildung mittleren Grades, nachdem zuvor eine Eignungsprüfung hierfür stattgefunden hat – fortzusetzen. Diese Programme stellen den ersten Maßnahmebereich der sogenannten »sozialen Garantie« dar, den die EU von jedem Mitgliedsland erwartet, um allen Jugendlichen die Eingliederung in das spätere Berufsleben zu erleichtern.

Sekundarstufe II

In Hinblick auf den postobligatorischen Unterricht (16.-18. Lebensjahr) bietet das neue Reformgesetz zwei Wahlmöglichkeiten an: Abitur (*Bachillerato*) oder spezifische Berufsausbildung mittleren Grades (*Formación Profesional Específica de Grado Medio*). Das künftige *Bachillerato*,¹¹ durch dessen Neukonzipierung der bisherige Vorbereitungskurs für die Universität (COU) wegfällt, dauert zwei Jahre und sieht mindestens vier verschiedene Richtungen¹² vor:

- Kunst
- Naturwissenschaften und Gesundheitswesen
- Geistes- und Sozialwissenschaften
- Technologie

10 Gemäß der LOGSE sollen berufsberatende Dienste in allen Sekundareinrichtungen angeboten werden.

11 Eingangsvoraussetzung ist der *Título de Graduado en Educación Secundaria* (qualifizierter Abschluß).

12 In Katalonien wurden beispielsweise sechs verschiedene Abiturzweige angeboten.

Der Unterricht jeder dieser Zweige setzt sich im ersten Jahr aus vier gemeinsamen Fächern (Spanische Sprache und Literatur,¹³ Fremdsprache, Philosophie und Sport), drei spezifischen Fächern sowie einem Wahlfach zusammen. Im zweiten Jahr ändert sich die Verteilung zugunsten der Wahlfächer, d.h. drei gemeinsame Fächer (Spanische Sprache und Literatur,¹⁴ Fremdsprache und Geschichte), drei spezifische Fächer und zwei Wahlfächer. Im Hinblick auf die spezifischen Fächer besteht für den Schüler im zweiten Jahr die Möglichkeit, unter einer Anzahl verschiedener spezifischer Fächer nach eigenem Belieben drei spezifische Fächer auszuwählen. Mit diesem »flexiblen« Konzept, das den Schülern die Möglichkeit offen läßt, einerseits zwischen mindestens vier verschiedenen Abiturzweigen zu wählen und andererseits innerhalb dieser ihre »eigenen« Wege zu gehen, versucht man, der einseitigen Orientierung des früheren *Bachillerato* auf das Universitätsstudium zu begegnen.

Der Aufbau des künftigen *Bachillerato* ähnelt erheblich dem neugestalteten obligatorischen Sekundarbereich I (12.-16. Lebensjahr). Das heißt, auch hier nehmen im ersten Jahr die schulzweigübergreifenden gemeinsamen Fächer einen großen Stellenwert ein. Damit will man dem Schüler den Übergang vom obligatorischen Sekundarbereich I zur postobligatorischen Sekundarstufe II erleichtern. Erst im zweiten Jahr setzt eine fortschreitende Spezialisierung ein. Schüler, die am Ende des ersten Jahres in mehr als zwei Fächern ungenügende Leistungen erzielt haben, werden nicht versetzt und müssen das gesamte Schuljahr wiederholen. Das gleiche gilt für Schüler am Ende des zweiten Jahres, wenn sie in mehr als drei Fächern keine ausreichenden Leistungen vorweisen können. Allerdings sollte der Schüler höchstens vier Jahre in dieser Bildungsstufe verbringen. In 625 Schulen innerhalb Spaniens war im Schuljahr 1994/95 das reformierte *Bachillerato* vorzeitig eingeführt. Davon waren 304 Schulen im Bereich des MEC und 321 Schulen in den sieben Autonomen Gemeinschaften mit Erziehungshoheit angesiedelt. Die Schülerzahl belief sich auf insgesamt 69.599 in diesem Zeitraum. Schüler, die in sämtlichen Fächern positive Leistungen erzielt haben, erhalten am Ende dieses Bildungsweges den *Título de Bachiller* (Abitur), der zum Studium an einer Universität – nach vorheriger Eingangsprüfung – oder aber zur spezifischen Berufsausbildung höheren Grades (*Formación Profesional Específica de Grado Superior*) berechtigt. Im Schuljahr 1998/99 soll das neue *Bachillerato* allgemein eingeführt werden.

Der Bildungsweg, der im Hinblick auf das neue Reformgesetz am stärksten eine Umgestaltung erfahren hat, ist die berufliche Bildung (*Formación Profesional*), die zweite Möglichkeit der postobligatorischen Sekundarstufe II. Die Neu-

13 Sowie gegebenenfalls die jeweilige Regionalsprache.

14 Sowie gegebenenfalls die jeweilige Regionalsprache.

bewertung der beruflichen Bildung läuft mit den Bemühungen der Europäischen Union um die gegenseitige Anerkennung der beruflichen Befähigungsnachweise der Arbeitnehmer in der Gemeinschaft konform. Ziel ist es, einen polyvalenten, flexiblen beruflichen Bildungsweg zu kreieren, der dazu befähigt, sich den technologischen, ökonomischen und sozialen Gegebenheiten anzupassen. So gibt es einerseits im allgemeinbildenden Sekundarbereich für alle Schüler eine berufliche Grundbildung (*Formación Profesional de Base*). Diese konkretisiert sich in der obligatorischen Sekundarstufe I (12.-16. Lebensjahr) durch die Einführung des Pflichtfaches Technologie, bzw. im postobligatorischen *Bachillerato* (16.-18. Lebensjahr) durch das Angebot von verschiedenen spezifischen Abiturzweigen.¹⁵ Andererseits sieht die LOGSE eine spezifische Berufsausbildung (*Formación Profesional Específica*) vor. Unter spezifischer Berufsausbildung wird die auf einen Beruf bezogene Ansammlung von Kenntnissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten verstanden, die dazu berechtigt, eine mehr oder weniger weitgefächerte Skala analoger Arbeitstätigkeiten innerhalb einer Berufsfamilie auszuüben.

Diese spezifische Berufsausbildung besteht aus zwei Ausbildungszyklen, die in Form von »Modulen« strukturiert sind. Die sogenannten *módulos profesionales*, die theoretisch-praktische Unterrichtseinheiten umfassen, sind von unterschiedlicher Dauer im Hinblick auf die zu erwerbenden beruflichen Kompetenzen.¹⁶ Für den Schüler besteht die Möglichkeit, zwischen einer spezifischen Berufsausbildung mittleren Grades (*Formación Profesional Específica de Grado Medio*) und einer spezifischen Berufsausbildung höheren Grades (*Formación Profesional Específica de Grado Superior*) zu wählen. Eingangsvoraussetzung für die spezifische Berufsausbildung mittleren Grades ist der *Título de Graduado en Educación Secundaria* (qualifizierter Abschluß) und für die spezifische Berufsausbildung höheren Grades der *Título de Bachiller* (Abitur).

Eine Besonderheit des Reformgesetzes besteht darin, daß man auch über die Arbeitswelt in die spezifische Berufsausbildung Zutritt erhält, wobei hierzu bestimmte Eingangsvoraussetzungen erfüllt sein müssen. Demzufolge können Bewerber im Alter von 18 Jahren Zugang zur spezifischen Berufsausbildung mittleren Grades erhalten, wenn sie zuvor die von den Bildungsbehörden angesetzte Prüfung bestanden haben. Das gleiche gilt für die spezifische Berufsausbildung höheren Grades, nur mit der Ausnahme, daß die Bewerber hier 20 Jahre alt sein müssen. Weiterhin sieht das neue Bildungsgesetz vor, der bislang praktizierten Regulierung der beruflichen Erstausbildung unter staatlicher Regie den Rücken zu kehren und die berufliche Bildung als einen partizipatorischen Prozeß aller betrof-

15 Die beispielsweise Eingangsvoraussetzung für die spezifische Berufsausbildung höheren Grades sind.

16 Jedes Berufsprofil enthält eine Gesamtheit beruflicher Leistungen, die in Kompetenzeinheiten strukturiert wird.

fenen Interessengruppen zu verstehen.¹⁷ Folglich werden bei der Neugestaltung der spezifischen Berufsausbildung auch die Arbeitgeber und die Gewerkschaften beteiligt, und für jeden Ausbildungszyklus ist eine praktische Ausbildungsphase im Betrieb obligatorisch. Dieses »Modul der Ausbildung im Betrieb« (*Módulo de Formación en Centros de Trabajo*) umfaßt in der Regel 300 bis 400 Stunden und erfolgt jeweils am Ende eines Ausbildungszyklus.¹⁸ Allerdings erhält der Schüler dadurch weder Anspruch auf einen Arbeitsplatz noch Entlohnung, und die Betriebe dürfen keinesfalls einen Arbeitsplatz mit einem Praktikanten besetzen – auch nicht zeitweise. Nur durch ein spezifisches Kooperationsabkommen zwischen den Unternehmen und den berufsbildenden Einrichtungen ist die Umsetzung dieser Initiative möglich. Zur Zeit beläuft sich die Zahl der kooperierenden Betriebe auf ca. 34.000, was eine kontinuierliche Steigerung seit ihrer erstmaligen Umsetzung im Jahre 1983 bedeutet.

Die spezifische Berufsausbildung umfaßt 22 Berufsbereiche, deren Einteilung sich an den vier Wirtschaftssektoren Primärsektor, Bauwesen, Industrie und Dienstleistung orientiert, und ist gegenwärtig in 135 Berufsbezeichnungen¹⁹ aufgeteilt. Die 135 Berufsbezeichnungen wurden im Rahmen des Plans zur Neufassung der Inhalte der Berufsbildung ausgearbeitet und spiegeln sich im neuen Berufsbezeichnungskatalog mit nationaler Geltung wider. Die neuen Ausbildungsberufe tragen den Erfordernissen des Arbeitsmarktes Rechnung und wurden mit den Sozialpartnern ausgearbeitet. Die Ausbildungsinhalte sollen alle fünf Jahre überprüft werden, um eine ständige Anpassung an die Entwicklung der beruflichen Qualifikationen zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang ist das Nationale Berufsbildungsprogramm (*Programa Nacional de Formación Profesional*) zu sehen, dessen Ziel es ist, die regulierte berufliche Bildung, für die das MEC zuständig ist, und die berufliche Weiterbildung, die dem Ministerium für Arbeit untersteht, einheitlich zu koordinieren. Das Nationale Berufsbildungsprogramm wurde im Februar 1993 vom Bildungsministerium, dem Arbeitsministerium, den Arbeitgebern sowie den Gewerkschaften gebilligt, und 800 Mrd. Peseten wurden für einen Vierjahreszeitraum²⁰ veranschlagt.

In Verbindung mit den vorherigen Darlegungen ist Tabelle 1 zu sehen, welche die Entwicklung der Schülerzahlen in den Schuljahren 1992 bis 1996 darstellt.

17 Siehe hierzu Art. 34 (1) sowie die nachträgliche Verfügung 4 (6) der LOGSE.

18 Schüler mit einschlägiger Berufserfahrung sind hiervon ausgenommen.

19 Es fehlen noch einige Berufe aus dem Bereich Sport.

20 Kürzlich wurde ein »zweites« Nationales Berufsbildungsprogramm – gültig bis zum Jahre 2000 – abgeschlossen.

Tab. 1: Entwicklung der Schülerzahlen nach Bildungsebenen in den Schuljahren 1992/93 bis 1995/96¹

Bildungsebenen	1992/93	davon öffentl.	1993/94	davon öffentl.	1994/95	davon öffentl.	1995/96	davon öffentl.
Vorschulbereich	1.052.488	63,7	1.083.330	64,9	1.093.256	66,5	1.108.087	67,1
Primarstufe/EGB	4.468.759	65,0	4.280.938	65,5	4.060.833	66,0	3.858.050	66,4
1. Abschnitt obl. Sek.	4.600	66,0	9.640	67,9	48.658	35,7	92.463	48,1
2. Abschnitt obl. Sek.	100.805	92,9	170.712	94,6	234.179	95,1	362.695	91,4
BUP und COU	1.487.772	71,9	1.467.805	72,8	1.400.668	72,8	1.258.249	71,6
Bachillerato LOGSE	13.705	83,8	33.108	91,3	69.599	93,2	110.116	92,7
Experim. Bachillerato	68.967	77,4	46.174	69,0	39.870	65,2	31.671	59,7
FP I	440.236	66,8	407.734	65,6	360.253	63,3	306.986	59,1
FP II	423.322	75,0	440.049	76,4	432.178	76,4	412.739	75,6
C.F. Gr. medio/nivel II	9.392	91,7	14.213	93,6	21.181	93,5	30.037	94,3
C.F. Gr. superior/nivel III	12.960	89,3	16.187	87,2	22.627	88,3	33.108	86,6
Insgesamt	8.083.006		7.969.890		7.783.302		7.604.201	

¹ Bei den Jahrgängen 1994/95 und 1995/96 handelt es sich um vorläufige bzw. geschätzte Daten; vgl. Ministerio de Educación y Cultura, Secretaría General Técnica: *Estadística de la Enseñanza en España. 1995/96, Datos avance y evolución del alumnado*, Madrid 1996, S.73 u. S.77.

Die Klassenstärke in der spezifischen Berufsausbildung beträgt zwischen 20 und 30 Schüler. Die Beurteilung der Leistungen der Schüler sollte kontinuierlich und für jedes Ausbildungsmodul getrennt erfolgen. Allerdings sollten die Lehrer bei der Bewertung immer die Gesamtheit der Module des entsprechenden Ausbildungsganges berücksichtigen. Die Leistungsbeurteilung für das »Modul der Ausbildung im Betrieb« erfolgt in Zusammenarbeit mit dem vom Betrieb bestimmten Ausbilder. Nach erfolgreichem Abschluß der spezifischen Berufsausbildung mittleren Grades erhält der Schüler den *Título de Técnico* (berufsqualifizierender Abschluß), der ihm gestattet, entweder ins Berufsleben einzutreten oder aber das Abitur nachzumachen. Mit dem *Título de Técnico Superior* (technisches Zwischenzeugnis) wird die spezifische Berufsausbildung höheren Grades abgeschlossen. Dieses technische Zwischenzeugnis bietet dem Schüler die Wahlmöglichkeit zwischen Beruf und Fachhochschule. Im Schuljahr 1999/2000 soll die spezifische Berufsausbildung mittleren Grades und im Schuljahr 2000/01 die spezifische Berufsausbildung höheren Grades allgemein eingeführt werden. Die neuen Ausbildungsberufe ersetzen die in der experimentellen Phase befindlichen beruflichen Module II und III.

Lehrkräfte

Das neue Bildungsgesetz sieht folgende drei Gruppen²¹ für beamtete Lehrer vor: *Maestros*, *Profesores de Enseñanza Secundaria*, *Profesores Técnicos de Formación Profesional*.

Die *Maestros* werden im Vorschul- und Primarschulbereich eingesetzt. Ihre Erstausbildung erfolgt an den Pädagogischen Fachhochschulen, dauert drei Jahre und schließt eine schulpraktische Ausbildung ein. Die *Profesores de Enseñanza Secundaria* werden in Zukunft sowohl im obligatorischen Sekundarbereich als auch im postobligatorischen Sekundarbereich, d.h. in der gymnasialen Oberstufe (*Bachillerato*) und in der beruflichen Bildung (*Formación Profesional*) unterrichten. Die Sekundarstufenlehrer verfügen über ein absolviertes Hochschulstudium mit einer vier- bis fünfjährigen Studiumsdauer, das mit dem Titel *Licenciado*, *Arquitecto*, *Ingeniero*, *Doctor* oder gleichwertigem abschließt.²² Im Unterschied dazu unterrichtete vor der Bildungsreform im letzten Abschnitt der »Allgemeinen Grundbildung« (EGB; 12.-14. Lebensjahr) ein EGB-Lehrer²³ und erst ab der gymnasialen Oberstufe bzw. der beruflichen Bildung (14.-16. Lebensjahr) wurden

21 Lehrkräfte, die bislang anderen Kriterien unterworfen waren, werden in diese Gruppierung integriert.

22 Zur Erlangung des Doktorgrades müssen mindestens zwei weitere Jahre hinzugerechnet werden.

23 Gleichzusetzen mit »Maestro«.

in der Regel *Licenciados*²⁴ eingesetzt. Durch das neue Reformgesetz jedoch sollen bereits im gesamten Sekundarbereich I nur *Licenciados* beschäftigt werden. Die Beamtengruppe der *Profesores Técnicos de Formación Profesional* wird vorwiegend in der spezifischen Berufsausbildung unterrichten; aber auch in dem neukonzipierten obligatorischen Sekundarbereich sowie in der gymnasialen Oberstufe ist ihr Einsatz geplant. Für die Lehrbefähigung im Bereich der spezifischen Berufsausbildung gelten die gleichen Voraussetzungen wie für die Lehrbefähigung im Sekundarbereich, wobei für bestimmte Fächer die Möglichkeit besteht, Fachleute aus der Arbeitswelt heranzuziehen, die im Rahmen einer Teilzeitverpflichtung eingestellt werden.

Weiterhin sieht das neue Bildungsgesetz in Art. 24 (2) vor, daß alle künftigen Sekundarstufenlehrer zusätzlich zu ihrem Fachstudium eine fachdidaktische und praktische Ausbildung absolviert haben müssen. Von dieser Regelung sind gemäß dem neuen Bildungsgesetz die *Maestros* sowie die *Licenciados en Pedagogía* ausgenommen. Diese pädagogische Zusatzausbildung erfolgt mittels eines Kurses (*Curso de Cualificación Pedagógica*) und dauert mindestens ein Jahr. Um diesen Kurs anzubieten, haben die verantwortlichen Bildungsadministrationen mit den Universitäten Anfang 1995 entsprechende Abkommen abgeschlossen. Diese Kooperationsabkommen, die darauf abzielen, die Aus- und Weiterbildung der Primar- und Sekundarschullehrer zu verbessern, sehen Programme zur beruflichen Weiterbildung, Unterrichtspraktika für künftige Primarschullehrer, Praktika für Schüler des *Curso de Cualificación Pedagógica*, Kooperationsprogramme zwischen Sekundarschuleinrichtungen und Universitätsfachbereichen u.a. vor. Die Laufzeit des Abkommens beträgt drei Jahre, und ab dem Schuljahr 1995/96 sollen in ausgewählten Sekundareinrichtungen künftige Sekundarschullehrer Unterrichtspraktika im Rahmen ihrer pädagogischen Zusatzausbildung absolvieren. Die pädagogische Zusatzausbildung endet mit dem *Título Profesional de Especialización Didáctica*, der allgemein im Schuljahr 1999/2000 eingeführt wird.²⁵

Vor der Bildungsreform war die Hauptschwäche der Erstausbildung der Lehramtskandidaten, daß im Gegensatz zur intensiven fachlichen Ausbildung an den Hochschulen die pädagogische Ausbildung in Theorie und Praxis äußerst minimal war. Dazu kam, daß die fachliche Spezialisierung im späteren Berufsleben wenig vorbereitet wurde und folglich vom zukünftigen Lehrer eine ungemein große Flexibilität verlangt wurde. Die sich daraus ergebende Schwierigkeit, feste und kooperationsfähige Fachgruppen innerhalb der Schulen aufzubauen, ist offensichtlich. Mit der gegenwärtigen Bildungsreform versucht man, auch diese Mängel zu

24 Akademiker mit abgeschlossenem Staatsexamen. Voraussetzung ist ein mindestens fünfjähriges Fachstudium an einer Universität.

25 Er ersetzt das *Certificado de Aptitud Pedagógica* (pädagogisches Befähigungszeugnis) gemäß dem Erziehungsgesetz von 1970.

beheben. So wurde die Zahl der beschäftigten Lehrkräfte erhöht. Für den Unterricht im obligatorischen Sekundarbereich I (Schüler im Alter von 12-16 Jahren) werden künftig nur noch *Licenciados* eingesetzt. Weiterhin wird im Hinblick auf die Erstausbildung an der Universität die fachdidaktische und praktische Ausbildung mindestens ein Jahr betragen und die ständige berufliche Weiterbildung sowohl Recht als auch Pflicht eines jeden Lehrers sein. In regelmäßigen Abständen sollen deshalb für die im Amt befindlichen Lehrkräfte verschiedene Programme zur Fortbildung und Aktualisierung des Kenntnisstandes in ihren jeweiligen Fachgebieten durchgeführt werden. Diese finden in Lehrerzentren,²⁶ in speziellen Ausbildungseinrichtungen, in Universitäten oder im Falle von Lehrern der beruflichen Bildung auch in Betrieben statt.

5. Chancen und Risiken der LOGSE

Die bildungspolitische Situation in Spanien innerhalb der letzten drei Jahrzehnte ist in enger Verbindung mit der ökonomischen und politischen Entwicklung des Landes zu sehen. Das Bildungsgesetz LGE von 1970 war für die damalige Zeit enorm fortschrittlich. Begriffe wie Chancengleichheit, Vereinheitlichung, Flexibilität tauchten hier bereits auf, die unter einer Diktatur sicher eher Fremdkörper darstellten und einem liberalen Projekt dieser Art von vornherein jegliche Chance auf Erfolg nahmen. Mit der Institutionalisierung der Demokratie nach Francos Tod setzte sich die bildungspolitische Debatte fort. Ein weiterer wichtiger Wendepunkt in der bildungspolitischen Debatte war der 1986 vollzogene Beitritt zur EG. Die Mitgliedschaft war für Spanien in dieser Hinsicht äußerst problematisch, da, gemessen am Bildungsniveau westlicher Industrienationen, das spanische Bildungs- und Berufsbildungssystem vielfältige Mängel aufwies: so z.B. die Nichtverwirklichung der gesetzlich vorgesehenen allgemeinen Pflichtschulzeit bis 16 Jahren, überholte Lernmethoden, geringe gesellschaftliche Wertschätzung der beruflichen Bildung, die vorwiegend allgemeinbildende bzw. akademische Ausrichtung der Bildung und ihre mangelnde pädagogische Effizienz. Mit der Verabschiedung der LOGSE wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen, die problematische bildungspolitische Situation in Spanien in den Griff zu bekommen. Zahlreiche Neuerungen gehen mit der LOGSE einher.

In bezug auf das Curriculum und die damit verbundene Bewertung von Leistung wird der sozialen Forderung nach mehr Chancengleichheit entsprochen. Die neue Curriculumkonzeption ist offen und flexibel, und ihre konkrete Ausarbeitung vollzieht sich auf drei aufeinander aufbauenden Ebenen. Das Basiscurri-

26 Diese Lehrerzentren (*Centros de Profesores*) wurden 1995 mit den *Centros de Recursos* (Zentren der didaktischen Unterstützung) zu einem Netzwerk *Centros de Profesores y Recursos* zusammengelegt.

culum (*Diseño Curricular Base*) wird vom MEC vorgegeben. Es ist landesweit verbindlich. Um allen Schülern während ihrer Schulzeit eine einheitliche Ausbildung zu gewährleisten und damit die Gültigkeit der entsprechenden schulischen und beruflichen Abschlüsse innerhalb Spaniens sicherzustellen, legt die Regierung den »Mindestlehrplan« (*enseñanzas mínimas*) fest. Für Autonome Gemeinschaften mit eigener Amtssprache dürfen diese »Mindestanforderungen« in keinem Falle mehr als 55% der Stundentafel betragen und für Autonome Gemeinschaften mit Kastilisch als offizieller Sprache sind sie auf 65% festgelegt (Art. 4.2 LOGSE). Damit wird ersichtlich, daß 10% des gesamten Stundenvolumens dem Unterricht in der Regionalsprache gewidmet werden können.

Dem sogenannten »Mindestlehrplan« werden alle Beteiligten im Bildungswesen seine spätere endgültige Form geben. Dies geschieht auf der ersten Ebene durch die Bildungsverwaltungen (Formulierung des offiziellen Curriculums), auf der zweiten Ebene durch die Schulen (Ausarbeitung der Schulcurricula) und auf der dritten Ebene durch die Lehrkräfte (Erstellung der Klassenlehrpläne). Die Dezentralisierung sowie die Aufteilung von Kompetenzen und Verantwortung auf die verschiedenen Instanzen lassen den Schulen und den Lehrkräften einen ungewohnten Entscheidungsfreiraum, um auf die unterschiedlichen Fähigkeiten, Interessen und Motivationen jedes einzelnen Schülers eingehen zu können. Damit die neue Curriculumkonzeption erfolgreich angewendet werden kann, müssen auch bei den Lehrkräften die notwendigen Kenntnisse und Mittel für diese Aufgabenstellung vorhanden sein. In diesem Zusammenhang spielen Flexibilität, Zusammenarbeit, Konsensbildung, pädagogische Innovation und Kreativität eine wichtige Rolle, die durch verbesserte Maßnahmen der Erst- und Weiterbildung der Lehrkräfte sowie entsprechende Unterstützung und Information der Lehrkräfte durch das MEC gefördert werden. In engem Verhältnis zum reformierten Curriculum steht die Bewertung von Leistungen. Im Bildungsgesetz LGE von 1970 waren die kognitiven Fähigkeiten des Schülers ausschlaggebend für die Leistungsbewertung. Die LOGSE hingegen bricht mit dieser Tradition, u.a. auch wegen der hohen Schulabbrecher- und Wiederholerquoten. Im Mittelpunkt der Bewertung stehen die individuellen Fähigkeiten des Schülers, die kontinuierlich und global bewertet werden.²⁷ Für die Lehrer wiederum bedeutet die Reform der Evaluation ein ungewohntes Bewertungsverfahren, das sie lernen müssen zu akzeptieren und umzusetzen, um dem sozialen Recht auf Bildung und Gewährleistung individueller Entwicklung zu entsprechen.

27 Gemäß Art. 62 LOGSE werden neben dem Lernprozeß des Schülers die Schulzentren, die Unterrichtspraxis sowie die Erziehungsverwaltungen bewertet. Das Nationale Institut für Qualität und Evaluation (*Instituto Nacional de Calidad y Evaluación*) liefert einen wichtigen Beitrag im Hinblick auf die Auswertung und Analyse der Reformpläne.

Das ausgeprägte Nord-Süd-Gefälle wirkt sich auf die politische, soziale und wirtschaftliche Situation des Landes problematisch aus und bestimmt zugleich auch die Umsetzungsgeschwindigkeit der Reform. Für die LOGSE war ein Zeitraum von 10 Jahren vorgesehen. Der festgelegte Terminplan konnte jedoch aus wirtschaftlichen Gründen nicht eingehalten werden. Der ursprüngliche Terminplan wurde modifiziert,²⁸ woraus eine zweijährige Verzögerung der vollständigen Umsetzung der LOGSE resultieren wird. Es ist allerdings abzusehen, daß weitere Modifizierungen stattfinden werden und zwar wegen des zwischenzeitlich erfolgten Regierungswechsels zugunsten der konservativen Volkspartei (*Partido Popular*).

So ist nämlich fraglich, ob die Sekundarstufe tatsächlich so umgesetzt wird, wie es in den vorhergehenden Ausführungen dargelegt wurde. Die Volkspartei, die während ihrer Oppositionszeit keinen Hehl daraus machte, die LOGSE zu boykottieren, ist gegenwärtig dabei, Umgestaltungen der Sekundarstufe zu planen. Gemäß der derzeitigen spanischen Ministerin für Bildung und Kultur, Esperanza Aguirre, wird die LOGSE nicht gestoppt, da die Hälfte der Reform schon durchgeführt ist. Vielmehr soll das neue Bildungsgesetz eine flexible Anwendung erfahren, wobei die zehnjährige Schulpflicht als positiver Faktor gewertet wird. Ziel ist es, einerseits den zweiten Abschnitt der obligatorischen Sekundarstufe I (14.-16. Lebensjahr) zu modifizieren, indem die Zahl der Wahlfächer reduziert wird zugunsten einer humanistischen Bildung. Andererseits soll das *Bachillerato* wieder auf drei Schuljahre erhöht und wie früher mehr humanistisch und literarisch ausgerichtet werden. Weiterhin kündigte Ministerin Aguirre an, daß neben Curriculumänderungen auch Änderungen des Bewertungssystems erfolgen werden. Wichtig ist dies insofern, als Chancengleichheit für die Volkspartei auch eine stärkere Wertung der persönlichen Anstrengung des Schülers bedeutet, zumal die heutige Wettbewerbsgesellschaft dies erfordere. Die LOGSE sieht bisher keine speziellen Selektionsmechanismen vor und gestattet den Übergang von einer Schulstufe zur anderen ohne Aufnahme- oder Abschlußprüfung. Nur zur Aufnahme eines Hochschulstudiums muß eine Aufnahmeprüfung erfolgen.

Welche Konsequenzen diese Änderungen für die berufliche Bildung haben, kann man nur mutmaßen, da bisher keine konkreten Äußerungen der Volkspartei dazu gemacht wurden. Vorstellbar ist, daß sie ihre zu einem früheren Zeitpunkt – nämlich in der parlamentarischen Debatte sowie in ihrem letzten Wahlprogramm – dargelegten Argumente zur LOGSE in die Realität umzusetzen versucht. D.h. das dreijährige *Bachillerato* würde dann mit einer Abschlußprüfung enden, und im Bereich der beruflichen Bildung wäre nur mehr ein Überwechseln von der

28 Es besteht für die Autonomen Gemeinschaften auch die Möglichkeit, dem Reformkalender vorzugreifen.

spezifischen Berufsausbildung mittleren Grades zur spezifischen Berufsausbildung höheren Grades möglich.²⁹ Die Verlängerung des kostenfreien Schulpflichtbesuchs bis zum 16. Lebensjahr gemäß der LOGSE zielt u.a. darauf ab, einer relativ frühen Entscheidung für einen weiterführenden Bildungszweig oder einer beruflichen Ausbildung entgegenzuwirken. Somit gibt sie dem Schüler Gelegenheit, eine umfassende grundlegende Bildung zu erhalten und gleichzeitig seine persönliche Entwicklung zu festigen. Eine Verlängerung des *Bachillerato* auf drei Schuljahre wiederum steht hierzu im Gegensatz.

Die LOGSE zielt auf ein integriertes allgemeines und berufliches Bildungswesen ab. Kritische Stimmen allerdings bezweifeln die Integration der beruflichen Grundbildung in das allgemeinbildende Schulwesen, und zwar wegen des »Programms der Sozialgarantie«, das die EU von jedem Mitgliedsland erwartet. Man befürchtet, daß dadurch die berufliche Grundbildung auf eine Sonderform von Bildung reduziert wird, die gleichzeitig auch das negative Image der »alten« FP I fortführt.

Die dargelegte Situation macht deutlich, in welchem Zwiespalt sich die LOGSE gegenwärtig befindet. Gleichzeitig stellt man sich die Frage, ob ihr ein ähnliches Schicksal widerfährt wie dem Bildungsgesetz von 1970. Allerdings sollte man im gegenwärtigen Prozeß die Triebkräfte Demokratie, Dezentralisierung sowie europäische Integration nicht unterschätzen, wenn es darum gehen wird, gewisse europaäquivalente Elemente der LOGSE zu bewahren oder durchzusetzen.

6. Die Reform der beruflichen Bildung im Kontext Europas

Man weiß mittlerweile, daß die neuen technologischen und wirtschaftlichen Anforderungen ein intensives Nachdenken über Fragen zur allgemeinen und beruflichen Bildung erforderlich machen. In Spanien ist diesbezüglich eine bedeutende Veränderungsdynamik wirksam geworden, die unter den verschiedenen sozialistischen Regierungen die langwierige Reform des Bildungssystems in Gang gesetzt hat. Tiefgreifende Änderungen mußte insbesondere die berufliche Bildung erfahren, sollte die Ausbildung spanischer Jugendlicher den heutigen Berufserfordernissen entsprechen. Gleichzeitig war eine Angleichung an europäische Regelungen vorzunehmen. So stimmen mittlerweile die beiden Grade der spezifischen Berufsausbildung mit der Stufe 2 bzw. 3 der Struktur der Ausbildungsstufen der im Rahmen der EU geforderten Entsprechung der beruflichen Befähigungsnachweise überein.

29 Vgl. »El pleno del Congreso aprueba la LOGSE«, in: *Comunidad Escolar*, Año VIII, No. 284 vom 4.7.90, S. 5; »El MEC presenta su programa de gestión«, in: *Comunidad Escolar*, Año XIV, No. 547 vom 26.6.96, S. 5-6; »Aguirre apuesta por reducir las optativas«, in: *Comunidad Escolar*, Año XIV, No. 566 vom 18.12.96, S. 5-6.

Dem Europäischen Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP) kommt im Hinblick auf die Angleichung der Ausbildungsstufen von Arbeitnehmern eine bedeutende Funktion zu. Auch die Programme der sozialen Garantie, die von der EU gefordert werden, um allen Jugendlichen den Übergang ins Arbeitsleben zu erleichtern, sind in der LOGSE vorgesehen (Art. 23.2 und 23.3). Weiterhin wurde die Einbeziehung der Sozialpartner in den Dialog für notwendig erachtet. Maßnahmen zur engen Kooperation zwischen Schulen und Betrieben wurden getroffen und seit dem 1986 vollzogenen Beitritt Spaniens zur EG durch den Europäischen Sozialfonds finanziell unterstützt. Die gravierenden Mängel der spanischen Berufsbildung müssen allerdings vor dem Hintergrund der verkrusteten Ausbildungsstrukturen im Berufsschulwesen sowie dem traditionellen Desinteresse der Betriebe an Ausbildung gesehen werden. Neue Modelle im Sinne des deutschen dualen Systems werden sich in diesem Kontext nur schwer durchsetzen lassen. Erst durch die LOGSE wurde die Einführung betrieblicher Praktika obligatorisch. Allerdings kann die LOGSE lediglich die Schulzentren – nicht aber die Betriebe – zur Durchführung verpflichten.

Was die in Spanien in Gang gesetzten berufsbildenden Maßnahmen anlangt, so dürfte es noch zu früh sein, die bisherigen Ergebnisse zu beurteilen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann zumindest festgehalten werden, daß das rein schulische Berufsbildungssystem als defizitär angesehen wird und eine neue Strategie schulischer Berufsbildung sowie betrieblicher Ausbildung entwickelt wurde. Beides leitet sich direkt aus der wechselvollen Geschichte der Berufsbildungspolitik und ihrem zyklischen Hin- und Herschwenken zwischen einer stärkeren Integration ins Bildungs- bzw. Beschäftigungssystem und den daraus entstandenen Erfahrungen her. Die äußerst problematische Ausbildungs- und Beschäftigungssituation spanischer Jugendlicher stellt für das Bildungssystem, im besonderen die berufliche Bildung, eine große Herausforderung dar. Gleichzeitig ergibt sich daraus eine große Chance zur Erneuerung, vorausgesetzt allerdings, die Bildungsreform unterwirft sich nicht kurzfristigen beschäftigungspolitischen Zielen, sondern befaßt sich vorrangig mit qualitativen Aspekten des Humankapitals. Aus dieser Sicht betrachtet, könnten auch andere Mitgliedsländer bei der Lösung ihrer berufsbildungspolitischen Probleme von Spaniens Reformprojekten und ihren Problemen lernen.

Im Hinblick auf die europäische Integration ist die gemeinschaftliche Koordination von beruflicher und allgemeiner Bildung unverzichtbar, wenn in einem vereinten Europa Chancengleichheit für alle Jugendlichen voll verwirklicht werden soll. Am Beispiel der bildungspolitischen Situation in Spanien wird deutlich, daß diese gesellschaftspolitische Herausforderung letztlich dazu führen wird, die europäischen Bildungssysteme aneinander anzugleichen. Allerdings wird die Akzeptanz dieser Angleichung auch davon abhängen, inwieweit es gelingt, die nationalen und regionalen Kulturtraditionen zu wahren.